



### Presseschau vom 15.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Außer der Reihe – Lesetipp:

deutsch.rt.com: **Die strategische Partnerschaft zwischen Iran und China fordert das Sanktionsregime der USA heraus**

Der Iran und China schließen ein 25-Jahres-Abkommen, dessen Grundlinien bereits veröffentlicht wurden. China will im Iran 400 Milliarden Dollar für Infrastruktur investieren. Der Vertrag gilt als Misserfolg für die USA, denn er grenzt die US-Dominanz im Nahen Osten weiter ein. ...

<https://de.rt.com/29ex>

### abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Putin schlägt Iran-Online-Treffen auf der Ebene des Weltsicherheitsrates vor**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat vorgeschlagen, in nächster Zeit ein Onlinetreffen zum Iran-Problem auf der Ebene des UN-Sicherheitsrates einzuberufen. Das geht aus einer am Freitag auf der Homepage des Präsidenten veröffentlichten Mitteilung hervor.

Putins zufolge sollten daran die führenden Repräsentanten der ständigen Mitgliedsländer des Weltsicherheitsrates sowie Deutschlands und des Irans selbst teilnehmen.

„Das Treffen hat zum Ziel, Schritte zu bestimmen, die eine Konfrontation und eine Zuspitzung im Weltsicherheitsrat verhindern könnten. Es kommt darauf an, die weitere reibungslose Erfüllung der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates gemeinsam zu

unterstützen, die eine völkerrechtliche Grundlage für den Umsatz des Gemeinsamen allgemeinen Aktionsplanes (für den Iran) geschaffen hat“, schreibt der russische Präsident.

### **Diskussionen im UN-Sicherheitsrat angespannt**

Diskussionen im Weltsicherheitsrat würden immer angespannter, an die Adresse Teherans würden „haltlose Erklärungen“ abgegeben. Und die Resolutionsentwürfe, an denen getüftelt werde, könnten die früheren einmütig gefassten Beschlüsse nur zugrunde richten.

### **Neues Sicherheitskonzept Russlands**

Putin schreibt ferner, dass Russland dem 2015 ausgehandelten Gemeinsamen Aktionsplan zur Regelung des iranischen Atomproblems treu bleibe. Zugleich erinnerte der russische Präsident daran, dass das von Moskau 2019 vorgelegte erneuerte Sicherheitskonzept für den Persischen Golf „konkrete Wege zur Lösung von Problemen in der Region“ enthalte.

### **"Die Zeit drängt"**

„Wir rufen die Partner auf, unseren Vorschlag aufmerksam zu prüfen. Denn eine Alternative (zu dem Treffen) wären nur weitere Spannungen und steigende Risiken eines Konflikts, was verhindert werden sollte. Russland ist zu einem konstruktiven Zusammenwirken mit allen offen, die daran interessiert sind, von der gefährlichen Roten Linie abzurücken. Die Zeit drängt“, betont Putin.

### **armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14. August 2020**

Trotz der mit der ukrainischen Seite im GZKK vereinbarten Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrolle der Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstands ignorieren die Kommandeure der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte diese offen, führen den Befehl des Kommandeurs der OOS nicht aus und gefährden so die erreichten Vereinbarungen und diskreditieren die Ukraine in der internationalen Arena.

Heute haben wir **Schüsse mit Schusswaffen** von den Positionen des 1. Bataillons der 54. Brigade der BFU **in Richtung Jakowlewka** festgestellt. Später haben Soldaten von den Positionen des 42. Bataillons der 57. Brigade **mit einem automatischen Granatwerfer in Richtung Spartak** geschossen und dabei eine Granate abgefeuert.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und bedrohten das Leben von Soldaten oder Zivilisten nicht.

Außerdem haben Kämpfer des 2. Bataillons der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka und des 137. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Trawnewoje unter Nutzung des Waffenstillstands technische Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen durchgeführt.

Um folgende Provokationen zu verhindern, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diesen Sachverhalt im Rahmen der Koordinationsmechanismus in Kenntnis gesetzt.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR beobachten den Gegner, halten das Regime der Feueinstellung streng ein, gehen nicht auf Provokationen ein und sind auf Befehl des Kommandos bereit zu unverzüglichen adäquaten Handlungen.

### **de.sputniknews.com: EU macht ersten Schritt zu Sanktionen gegen Minsk**

Die Außenminister der EU-Länder sollen am Freitag den ersten Schritt zur Verhängung neuer Sanktionen gegen Weißrussland gemacht haben. Dies meldet die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf eine diplomatische Quelle.

Demzufolge einigten sich 27 Behördenchefs bei einer Videokonferenz, ihre Ministerien mit der Vorbereitung einer schwarzen Liste von Personen zu beauftragen, die von den Sanktionen betroffen würden.

Vor den Gesprächen sagte der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas am Freitag, dass es darum gehen werde, gezielt einzelne Personen zu sanktionieren, die bei angeblichen Wahlfälschungen, aber auch bei Gewalt gegen Demonstranten unrühmlich in Erscheinung getreten seien.

„Wir wollen als Europäische Union den Druck auf Belarus heute deutlich erhöhen“, zitiert die DPA den SPD-Politiker.

Den Personen müssten „nachweisbar Verfehlungen zur Last gelegt werden können“. Ob auch der weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko persönlich mit Sanktionen rechnen muss, ließ Maas offen. Wichtig sei, dass es zu einem Dialog komme, das Wahlergebnis überprüft werde und alle Festgenommenen wieder freikämen. ...

### de.sputniknews.com: **Ärzte-Streik in Südkorea – Über ein Viertel aller Kliniken geschlossen**

Aus Protest gegen Seouls Reformpläne für das Gesundheitswesen haben südkoreanische Ärzte am Freitag die Arbeit niedergelegt. Ärzte und Medizinstudenten nahmen landesweit an Demonstrationen teil, berichtet ein Sputnik-Korrespondent.

Mehr als 28.000 Menschen beteiligten sich an Kundgebungen in der Hauptstadt Seoul sowie in Busan, Daegu, Gwangju, Daejeon und anderen Orten. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums des Landes wurden 31 Prozent der Kliniken am Freitag geschlossen: 10.584 von insgesamt 33.836.

Auslöser der Proteste ist unter anderem eine von der Regierung geplante Ausweitung der Studienplätze im Fach Medizin und die Einrichtung öffentlicher Medizinhochschulen. Demnach soll die Zahl der Medizinstudenten in den nächsten zehn Jahren insgesamt um 4000 ansteigen.

Aus der Sicht der Demonstranten werden die angekündigten Maßnahmen nur zum Anstieg der Preise für medizinische Behandlung sowie zur Arbeitslosigkeit unter Ärzten führen. Zudem sprach sich der Ärzteverband KMA, der Organisator der Proteste, dagegen aus, dass Krankenversicherungen die Kosten für Arzneien der traditionellen koreanischen Medizin übernehmen. Für Unmut sorgten auch Pläne der Regierung für die Einführung der Online-Behandlung.

Der Verband kündigte weitere Streiks vom 26. bis zum 28. August an, falls seine Forderungen nicht erfüllt werden. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0e/327708480\\_0:382:3072:2044\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_5e1fbc644f0160a780245b26eeb18190.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0e/327708480_0:382:3072:2044_1000x541_80_0_0_5e1fbc644f0160a780245b26eeb18190.jpg)

### de.sputniknews.com: **Tiefe Besorgnis in Teheran nach Annäherung zwischen Israel und Emiraten**

Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif und der Generalsekretär der palästinensischen Bewegung „Islamischer Dschihad“, Ziyad al-Nahhal, haben die Vereinbarung zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel besprochen. Sarif hat diese als Verrat bezeichnet.

„Wir sind zuversichtlich, dass dieser verräterische Schritt den Widerstand des

palästinensischen Volkes und der Widerstandsbewegung nicht beeinträchtigen, sondern dazu führen wird, dass der Ekel der Einwohner der Region und Palästinas gegen eine solche Politik gegen die Bestrebungen Palästinas nur zunehmen wird“, sagte Sarif während eines Telefonats, wie aus der vom iranischen Außenministerium veröffentlichten Pressemitteilung hervorgeht. Zuvor wurde berichtet, dass Israel und die VAE eine vollständige Normalisierung ihrer Beziehungen vereinbart hätten. In einer gemeinsamen trilateralen Erklärung mit den Vereinigten Staaten heißt es, dass Israel im Rahmen eines Abkommens mit den VAE eine Entscheidung zur Ausweitung seiner Souveränität auf das Territorium im Westjordanland vorübergehend verschieben werde. Zudem würden in den kommenden Wochen Israel und die VAE eine Reihe von Abkommen in den Bereichen Investitionen, Tourismus, Direktflüge, Sicherheit, Telekommunikation und anderen unterzeichnen. Die palästinensische Führung hat ihre entschlossene Ablehnung und Verurteilung der dreiseitigen Vereinbarung bekanntgegeben.

### **vormittags:**

#### **de.sputniknews.com: Pentagon schafft Arbeitsgruppe zur Erforschung unbekannter Flugobjekte**

Das US-Militär wird offiziell Berichten über unbekannte Flugobjekte nachgehen. Eine neue Arbeitsgruppe zur Erforschung „Unidentifizierter Luftphänomene“ wurde bei der Marine angesiedelt, teilte das Pentagon am Freitag (Ortszeit) mit.

Zuvor hatte der TV-Sender CNN über die Pläne berichtet.

Wie das Pentagon in einer Erklärung auf seiner Webseite bekanntgab, wird die neue Arbeitsgruppe Unidentified Aerial Phenomena Task Force (UAPTF) heißen. Demnach wurde die UAPTF gebildet, um Einblick in die Herkunft und den Charakter von unbekanntem Flugobjekten zu bekommen.

„Aufgabe der Arbeitsgruppe ist, solche Phänomene zu entdecken, zu analysieren und aufzulisten, die potenziell eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstellen könnten.“

Schon vor einigen Jahren wurde bekannt, dass US-Militärpiloten von seltsamen Objekten berichteten, die sich schnell und ungewöhnlich bewegten. Auch einige Videos von Flugzeugkameras, auf denen sie zu sehen sind, wurden bereits veröffentlicht. Amerikanische Militärs und Abgeordnete zeigten sich dabei weniger besorgt über Außerirdische als darüber, dass Russland oder China eine überlegene Luftfahrt-Technologie entwickelt haben könnten.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32554/54/325545478\\_271:313:1821:1152\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_5590767e84af6e365861a280a7518733.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32554/54/325545478_271:313:1821:1152_1000x541_80_0_0_5590767e84af6e365861a280a7518733.jpg)

## rusvesna.su: **Die Ukraine ist "empört" über die Anschuldigungen der belarussischen Behörden**

Das ukrainische Außenministerium ist "empört" über die Anschuldigungen des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, die Lage in der Republik destabilisiert zu haben. Dies geht aus einem Kommentar hervor, der am Freitag, dem 14. August, auf der Website der Behörde veröffentlicht wurde.

„Das Außenministerium der Ukraine äußert sich besorgt über die Aussagen der Führung der Republik Belarus zur Beteiligung von Bürgern der Ukraine an der Organisation, wir betonen friedlicher, Proteste im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen“, heißt es in der Botschaft.

Es wird angemerkt, dass es keine Beweise für die Worte des Staatschefs von Belarus gebe, während es genug von ihnen gegen die ‚Wagnerianer‘ gäbe, die „mit dem Segen der belarussischen Behörden“ in die Russische Föderation zurückkehren.

„Sie (die Beweise) wurden in den Auslieferungsersuchen der ukrainischen Seite nach Minsk detailliert beschrieben - damit die Verbrecher zu Recht bestraft werden“, ist das ukrainische Ministerium empört.

## wpered.su: **Erklärung des ZK der KP der DVR im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation in Belarus**

Im Namen der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik äußern wir gegenüber dem amtierenden Präsidenten Belarus‘ Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko unsere entschiedene Unterstützung und verurteilen den Versuch eines Staatsstreichs, der von prowestlichen Kräften im Inneren der Republik und deren ausländischen Protektoren unternommen wird.

Wir äußern die Überzeugung, dass die patriotische Mehrheit der belarussischen Gesellschaft, die am 9. August das durch die Zeit erprobte Staatsoberhaupt unterstützt hat, ihre Wahl verteidigen und ein Abgleiten des Landes in ein „ukrainisches Szenario“ verhindern können wird. Die bedauerlichen Folgen eines „Euromaidan“ sind zu gut bekannt.

Es leben die internationale antiimperialistische Solidarität und die Freundschaft des russischen und des belarussischen Volkes!

Mit Hochachtung

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei  
der Donezker Volksrepublik

## de.sputniknews.com: **Waffenembargo gegen Iran: USA werden „vor nichts haltmachen“**

Die USA sind bei der Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran gescheitert. Doch die Vereinigten Staaten haben vor, ihren Willen durchzusetzen. Trumps Sicherheitsberater Robert O’Brien meint diesbezüglich: „Es ist noch nicht vorbei.“

„Wir haben heute verloren, aber es ist noch nicht vorbei“, sagte O’Brien in einem Interview mit dem TV-Sender Fox News.

Er erklärte außerdem, dass die Ablehnung Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens, die USA bei der Abstimmung des UN-Sicherheitsrates über die Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran zu unterstützen, „enttäuschend, aber nicht überraschend“ war.

„Gemäß der Resolution 2231 haben die Vereinigten Staaten das Recht, ein Rollback der Bestimmungen früherer Resolutionen des UN-Sicherheitsrates einzuleiten“, erklärte die UN-Botschafterin der USA, Kelly Craft, am Freitag.

„In den kommenden Tagen werden die USA ihr Versprechen einhalten, vor nichts haltzumachen, um das Waffenembargo zu verlängern“, führte sie weiter aus.

## **Abstimmung „zeugt von US-Isolation“**

Irans UN-Botschafter Madschid Takht Rawanchi betonte am Samstag via Twitter, das

Ergebnis der Abstimmung des US-Sicherheitsrates zeige erneut die Isolation der USA. „Die Botschaft des Sicherheitsrates war ein Nein zum Unilateralismus, und die USA sollten aus diesem Debakel ihre Lehren ziehen“, twitterte er.

Laut dem ständigen russischen Vertreter in Wien, Michail Uljanow, ist der Versuch der USA, die Fristverlängerung des Waffenembargos gegen den Iran durchzusetzen, „mit Pauken und Trompeten durchgefallen“. Die USA hätten im Voraus das Ergebnis der Abstimmung vorhergesagt und seien „dennoch vorgeprescht“.

Der Botschafter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, erklärte, dass Russland gegen den US-Resolutionsentwurf votiert habe, weil Moskau konsequent gegen Versuche plädiere, Teheran solche Einschränkungen aufzuzwingen.

### **Waffenembargo gegen den Iran**

Das aktuelle Embargo läuft Mitte Oktober aus. Seine Verlängerung befürworten neben den USA im Prinzip auch Deutschland, Frankreich und Großbritannien – doch den vorgelegten Entwurf der Amerikaner lehnen eine Reihe von Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates unter anderem wegen der darin festgeschriebenen unbegrenzten Dauer des Embargos ab. In der EU gilt unterdessen noch bis 2023 ein separates Verkaufsverbot für Waffen in den Iran.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/30357/56/303575667\\_0:213:4236:2501\\_1000x54180\\_0\\_0\\_08ecc724f42eb004b648e1af3bc5e61c.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/30357/56/303575667_0:213:4236:2501_1000x54180_0_0_08ecc724f42eb004b648e1af3bc5e61c.jpg)

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14. August 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

### **rusvesna.su: „Demonstrativ an Russland übergeben!“: Selenskij beschimpfte Lukaschenko**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij reagierte auf ein weiteres Versagen der ukrainischen Diplomatie - den stillen Transfer von PMC-Kämpfern („Wagner-Gruppe“, A.d.Ü.), die Ende Juli in Minsk festgenommen wurden, nach Russland und nicht in die Ukraine.

„Ein paar Worte zu etwas Wichtigem. Über diese „Wagnerianer“, Dämonen des modernen Krieges, die die belarussische Regierung Russland schenkte.

Aus meiner Sicht nach ist dies seltsam, unkorrekt und in freundschaftlichen zwischenstaatlichen Beziehungen definitiv inakzeptabel.

Erstens, öffentlich über die angebliche Einmischung der Ukraine in interne Angelegenheiten von Belarus zu sprechen - dies war definitiv nicht der Fall.

Und zweitens werden Menschen, die wirklich mit Eingriffen sowohl in die Angelegenheiten von Belarus als auch in die Angelegenheiten der Ukraine - vor allem der Ukraine - verbunden sind, demonstrativ an Dritte weitergegeben.

Das ist eine schlechte Geschichte. Eine Geschichte, in der Vertrauen, Objektivität und eine angemessene Einschätzung der negativen Folgen eindeutig vernachlässigt wurden. Kämpfer der privaten Militärfirma ‚Wagner‘, die kürzlich in Weißrussland festgenommen wurden, wurden außerdem nach Russland geschickt, trotz der bestehenden Vereinbarungen über einen rein rechtlichen und rein objektiven Ansatz zur Beurteilung dieses Falls. Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine appellierte an die belarussische Generalstaatsanwaltschaft, die Häftlinge an die Ukraine auszuliefern. Bei allen diesen Personen, darunter 9 ukrainische Staatsbürger, wurden über den Verdacht der Beteiligung an einer terroristischen Organisation informiert (Teil 1 von Artikel 258-3 des Strafgesetzbuchs der Ukraine).

Die belarussische Seite ließ den Appell unbeantwortet.

Es gab auch aktive Versuche auf diplomatischem und persönlichem Wege, unseren Partnern zu beweisen, warum es richtig und notwendig wäre, genau den von uns vorgeschlagenen Weg zu gehen. Dies ist leider nicht geschehen.

Ich halte diese Entscheidung, gelinde gesagt, für unfair, eine Entscheidung, die nicht dem Geist der Beziehungen zwischen der Ukraine und Weißrussland entspricht und auf den Grundsätzen des Respekts und der gegenseitigen Unterstützung beruht.

Die Folgen dieser Entscheidung könnten tragisch sein. Wir wissen, dass die ‚Wagnerianer‘ immer noch zu ihrer üblichen Beschäftigung zurückkehren können - der Ausbreitung des Krieges.

Gott gebe, dass die belarussischen Behörden keinen weiteren brennenden Donbass auf ihrem Territorium haben müssen, den all diese ‚Wagnerianer‘ sehr gut erschaffen können.

Weil es ihnen um Expansionismus und Gewalt geht. Nur um Gewalt.

Sowohl die Wagneriten selbst als auch alle anderen, deren Geschäft nach ihrer eigenen Definition der Tod ist, müssen jedoch verstehen: Sie müssen sich verantworten. Vor dem Gesetz oder letztlich vor Gott - die Zeit wird es zeigen. Niemand kann sich der Verantwortung entziehen. "

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 14. August 3:00 Uhr bis 15. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – 1 mal (1 Granate); Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Jakowlewka, Spartak.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Um 15:02 Uhr wurde die Durchführung von techninschen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Bogdanowka registriert.

Um 17:45 Uhr wurde die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Metallist (ukr. Trawnewoje) festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Pompeo unterzeichnet Vertrag über mehr US-Truppen für Polen**

Zum Abschluss seiner Mitteleuropa-Reise unterzeichnet US-Außenminister Mike Pompeo am Samstag in Warschau einen Vertrag über die Entsendung von 1000 zusätzlichen US-Soldaten nach Polen.

Pompeo wird am Vormittag von Polens Staatsoberhaupt Andrzej Duda im Präsidentenpalast empfangen. Dort wird er mit seinem Kollegen Mariusz Blaszczak die Vereinbarung über die intensiviertere militärische Zusammenarbeit unterschreiben.

Der Vertrag sieht auch die Verlegung eines Teils des Hauptquartiers des V. Korps der US-Armee aus Fort Knox im US-Bundesstaat Kentucky nach Polen vor. Jeweils 200 Angehörige sollen im Rotationsprinzip einen Vorposten in dem Land besetzen. Sie sollen sich hauptsächlich mit der Kooperation mit den europäischen Nato-Partnern sowie mit der Aufsicht über die in Europa rotierenden US-Truppeneinheiten befassen. Laut dem Sprecher der polnischen Präsidialkanzlei soll der Teil des Hauptquartiers des V. Korps bereits in diesem Herbst in das Nato-Land verlegt werden.

Derzeit sind gut 4500 US-Soldaten in Polen stationiert. Eine ständige Militärbasis gibt es aber nicht. Die nationalkonservative PiS-Regierung in Warschau möchte seit langem mehr US-Truppen in ihrem Land haben – vor allem zur Abschreckung Russlands. Moskau kritisiert die aus russischer Sicht hohe Nato-Präsenz im Osten Europas und an seinen Grenzen.

Die USA wollen etwa 12.000 der 36.000 Soldaten aus Deutschland abziehen. Mehr als die Hälfte sollen in die USA zurückkehren, 5600 innerhalb Europas verlegt werden.

Pompeo wird anschließend an der Feier anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht bei Warschau im August 1920 teilnehmen. Die von Publizisten als „Wunder an der Weichsel“ bezeichnete Schlacht brachte die entscheidende Wende im polnisch-sowjetischen Krieg, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entbrannt war.

Der US-Außenminister trifft in Warschau außerdem seinen polnischen Amtskollegen Jacek Czaputowicz. Schwerpunkt der Gespräche wird die aktuelle Situation in Belarus sein. Bei Protesten nach der Präsidentenwahl am vergangenen Sonntag gab es dort in den vergangenen Tagen rund 7000 Festnahmen. Die Sicherheitskräfte gingen brutal gegen Demonstranten vor.

**Lug-info.com: In der LVR sind am 15.08.20 um 9:00 Uhr 630 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.**

Von diesen wurden 598 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 15 Todesfälle.

**de.sputniknews.com: Nach versuchter Entführung von Venezuelas Staatschef: Weitere 15 Beteiligte verurteilt**

Nach der versuchten Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro sind nach Justizangaben 15 weitere Beteiligte verurteilt worden. Der venezolanische Generalstaatsanwalt Tarek William Saab schrieb am Freitag auf Twitter: „Sie wurden für die Verbrechen Terrorismus, Rebellion und Verschwörung zu 24 Jahren Haft verurteilt.“

Saab hatte zuvor ebenfalls auf Twitter bekanntgegeben, dass die beiden US-Söldner Luke Denman (34) und Airan Berry (41) jeweils zu 20 Jahren Haft verurteilt worden seien. Sie hätten gestanden und zugegeben, die Verbrechen Verschwörung, illegaler Waffenhandel und Terrorismus begangen zu haben. Alle 17 Beteiligten hätten ihre Schuld bekannt.

Im Mai waren offiziellen Angaben zufolge mehrere bewaffnete Gruppen von Kolumbieren aus in Venezuela eingedrungen. Mindestens acht Menschen sollen bei Kämpfen mit Sicherheitskräften getötet und zahlreiche weitere festgenommen worden sein.

Hinter der geplanten Entführungsaktion mit der Bezeichnung „Operation Gedeón“ soll die vom ehemaligen US-Elitesoldaten Jordan Goudreau geleitete Söldnerfirma Silvercorp stecken, wie Goudreau selbst mitgeteilt hatte. Demnach wollten die Söldner Präsident Maduro festsetzen und in die USA bringen, wo er wegen Drogenhandels angeklagt und ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt wurde.

Laut einem Bericht in der venezolanischen Zeitung „El Nacional“ war die geplante Mission Teil eines Vertrages, den der lateinamerikanische politische Berater J.J. Rendón mit Jordan Goudreau geschlossen hätte. Letzterer soll 50.000 US-Dollar für die geplante Attacke bezahlt bekommen haben.

Wie Saab am Freitag mitteilte, sind bei verschiedenen Operationen der Sicherheitskräfte insgesamt 82 Personen, darunter Söldner, Fahnenflüchtige und aktive Militärangehörige sowie Zivilisten, festgenommen worden.

### **Mzdnr.ru: Am 14. August wurden in der DVR 27 Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.**

Drei Fälle von Erkrankungen wurden bei aus der Ukraine eingereisten Personen festgestellt und drei bei aus der RF eingereisten. Die anderen neuen Fälle wurden bei Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten entdeckt, darunter neun medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung. In den letzten 24 Stunden wurden 24 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – Männer im Alter von 82 und 92 Jahren.

Am 15. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2084 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

965 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1002 als gesund entlassen, es gibt 117 Todesfälle. Zum Stand am 15. August wurden Coronavirusinfektionen bei 109 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

### **de.sputniknews.com: Russischer Corona-Impfstoff geht in Serie**

In Russland hat die Produktion des weltweit ersten Impfstoffes gegen das Virus Sars-Cov-2 begonnen, teilte das Gesundheitsministerium des Landes am Samstag mit.

Die Behörde kündigte außerdem die Veröffentlichung von Daten aus den vorklinischen und klinischen Prüfungen des Impfstoffs an.

Das zweistufige Verabreichungsschema soll eine langfristige Immunität gegen das Coronavirus – bis zu zwei Jahren – bilden, so das Ministerium.

Am Dienstag hatte der russische Präsident Wladimir Putin mitgeteilt, dass Russland als erstes Land einen Impfstoff gegen das Coronavirus registriert habe. Das Präparat unter dem Namen „Sputnik V“ wurde vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie und dem Russischen Fonds für direkte Investitionen entwickelt.

Russlands Gesundheitsminister Michail Muraschko betonte angesichts der Kritik einiger westlichen Staaten an dem Impfstoff, dass solche Zweifel auf „unvollständige Angaben“ zurückzuführen sind. Nicht alle würden beispielsweise wissen, erklärte er, dass „Sputnik V“ auf „einer Plattform entwickelt wurde, auf der bereits sechs andere Produkte gefertigt wurden“.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327675955\\_0:386:3071:2048\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_f85d660367b044ab8dcee2969f712e01.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0b/327675955_0:386:3071:2048_1000x541_80_0_0_f85d660367b044ab8dcee2969f712e01.jpg)

## **nachmittags:**

### **de.sputniknews.com: Proteste in Weißrussland: Lukaschenko will Lage mit Putin besprechen**

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko befürchtet, dass die heikle Lage nach den Wahlen nicht nur für sein Land bedrohlich werden kann.

Deswegen will Lukaschenko mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin über die Situation sprechen, sagte er am Samstag.

„Wir sehen, was in der Tiefe geschieht (...). Wir haben die Anleitungen für farbige Revolutionen gelesen.“ Und weiter: „Elemente einer ausländischen Einmischung haben sich bereits gezeigt.“

Laut Lukaschenko bedeutet der „Schutz Weißrusslands“ nun den Schutz des ganzen Unionsstaates (Russland und Weißrussland – Anm. d. Red.), denn es könnte „eine Welle überschwappen“ – daher sein Wunsch, mit Putin zu reden.

Die weißrussische Wahlkommission machte am Freitag die Endergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 9. August publik. Laut ihren Angaben bekam der seit 1994 regierende Alexander Lukaschenko 80,1 Prozent der Stimmen, die führende Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja erhielt 10,12 Prozent. Allerdings erkennt sie die Niederlage nicht an: Nach Informationen ihres Wahlteams gewann sie die Wahl mit 70 bis 80 Prozent der Stimmen.

Schon am Sonntagabend gingen landesweit Tausende Menschen auf die Straße. Die Demonstrationen waren nicht von den Behörden genehmigt. In der Hauptstadt Minsk errichteten Demonstranten Barrikaden aus Mülltonnen. Die Miliz, wie die Polizei in Weißrussland heißt, trieb die Protestierenden mit Tränengas, Wasserwerfern und Blendgranaten auseinander. Laut Angaben des Innenministeriums des Landes gab es mindestens ein Todesopfer.



[://cdn.de.sputniknews.com/img/32517/64/325176435\\_0:307:3072:1969\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_5480b6e5f09c8d10def60320aba77ba4.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/32517/64/325176435_0:307:3072:1969_1000x541_80_0_0_5480b6e5f09c8d10def60320aba77ba4.jpg)

de.sputniknews.com: **Druck auf TikTok spitzt sich zu: Trump erlässt Dekret gegen ByteDance**

US-Präsident Donald Trump hat am Freitag ein Dekret unterzeichnet, laut dem der chinesische Mutterkonzern von TikTok, ByteDance, innerhalb von drei Monaten die Daten aller US-Nutzer vernichten soll. Damit erhöht der US-Staatschef den Druck auf die chinesische Videoplattform TikTok.

„Es gibt glaubwürdige Beweise, die mich daran glauben lassen, dass ByteDance Ltd. (...) die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu beeinträchtigen droht“, heißt es in dem Dekret. Dementsprechend ordnete Trump an, dass ByteDance sich binnen drei Monaten von allen Daten von Nutzern in den Vereinigten Staaten trennen müsse. Auch dürfe ByteDance in den USA kein Eigentum mehr besitzen, das für den Betrieb von TikTok genutzt werde.

Bei seiner neuen Verfügung nahm Trump formell den Erwerb der App Musical.ly durch ByteDance ins Visier, aus der später TikTok hervorging. Der Präsident erklärte mit seiner Anordnung die im Jahr 2017 vollzogene Transaktion als ungültig.

In der vorigen Woche hatte der US-Staatschef zwei Dekrete erlassen, gemäß denen in den USA jegliche Geschäfte und Transaktionen mit den sozialen Netzwerken TikTok und WeChat eingestellt werden sollen. Grund dafür waren ihm zufolge die Datenerfassung vonseiten der Kommunistischen Partei Chinas sowie die Gewährung der nationalen Sicherheit.

de.sputniknews.com: **Afghanistan: Bekannte Frauenrechtlerin überlebt Mordanschlag**

Auf die afghanische Frauenrechtlerin Fausia Kufi ist ein Attentat verübt worden. Die Frau wurde dabei verletzt.

Fausia Kufi ist Mitglied der Regierungsdelegation für die geplanten Friedensgespräche der Regierung mit den Taliban.

Auf ihrem offiziellen Facebook-Account teilte sie mit, dass sie am Freitag beim Anschlag am Arm verwundet worden sei. Die Attacke sei auf einer Schnellstraße nördlich der Hauptstadt Kabul verübt worden.

Es hat sich bislang niemand zum Attentat bekannt.

Der Regierungssprecher Sedik Sedikki teilte auf Twitter am Samstag mit, dass der afghanische Präsident Aschraf Ghani die Tat scharf verurteilt hätte.

Die afghanische Regierung und die militant-islamistische Taliban bereiten sich auf Friedensverhandlungen vor. Die Gespräche sollen starten, nachdem ein Gefangenenaustausch abgeschlossen ist.

In den vergangenen Monaten erfolgten bereits mehrere gezielte Anschläge auf Aktivisten,

Geistliche und Menschenrechtler.

Nach Ansicht der Experten sei dies ein Versuch, die afghanische Zivilgesellschaft vor den bevorstehenden Friedensgesprächen einzuschüchtern und somit zu schwächen.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 15.08.2020**

Nach Angaben von Beobachtern des GZKK der DVR haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden zweimal Feuerprovokationen begangen.**

In **Richtung Donezk** wurden Schüsse mit Schusswaffen von den Positionen des 1. Bataillons der 54. Brigade der BFU in Richtung **Jakowlewka** festgestellt. Außerdem haben Kämpfer von den Positionen des 42. Bataillons der 57. Brigade mit einem automatischen Granatwerfer in Richtung **Spartak** eine Granate abgefeuert.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und haben das Leben unserer Soldaten und der Zivilbevölkerung nicht bedroht.

**Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokation nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueinstellung eingehalten.**

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus wurde die ukrainische Seite von uns rechtzeitig über alle Verstöße und durchgeführten technischen Arbeiten in Kenntnis gesetzt. Aber die Tatsache, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte keine rechtzeitigen Maßnahmen ergreift und die Schuldigen nicht bestraft, wie dies in den erreichten Vereinbarungen vorgeschrieben ist, unterstützt die Schaffung von Bedingungen zur Verschärfung der Lage.

**Die Handlungen der bewaffneten Formationen der Ukraine zur Änderung der Ausgangspositionen der Truppen und zur zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen** verletzen den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands, nämlich das Verbot für Angriffs- sowie Aufklärungs- und Diversionshandlungen.

In den letzten 24 Stunden wurde die Ausrüstung von Befestigungsanlagen im Verantwortungsbereich des 2. Bataillons der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka festgestellt. Außerdem wurde die Durchführung von technischen Arbeiten des 137. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Trawnwoje festgestellt.

Die Aktivitäten von Kämpfer der 35. Brigade im Gebiet von Trawnwoje, wo die Strafruppen gesetzwidrig **Bäume mit Motorsägen fällen und abtransportieren**, was dem Ökosystem nicht wieder gut zu machenden Schaden hinzufügt, rufen Besorgnis hervor.

Dabei unternimmt das Kommando trotz der Eingaben von Vertretern der Bezirksagentur für Waldressourcen an den Brigadekommandeur Palas mit der Forderung die Holzfällung einzustellen keine Maßnahmen. Nach Angaben unserer Quelle werden die Fällarbeiten nicht nur für den eigenen Bedarf betrieben, sondern auch, um Gewinn aus dem Verkauf von Schnittholz an die benachbarten Verbände der 24. und 54. mechanisierten Brigade zu erzielen, die Probleme bei der Versorgung mit Baumaterial haben.

Die Volksmiliz hält die Befehle über die Einhaltung des Waffenstillstands weiter ein. Im Fall einer Aggression von Seiten der BFU sind die Einheiten der Volksmiliz auf Befehl des Kommandos zu einer adäquaten Reaktion auf die verbrecherische Aktivität des Gegners bereit.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik durch Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium, was eine Verletzung des dritten Punkts der getroffenen Maßnahmen ist und das Leben und die Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet. In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von 13 Stück Technik auf den Gebieten privater Häuser und auf Gartenparzellen in Sajzewo, Peski, Karlowka und Bogdanowka festgestellt.

Diese Sachverhalte werden auch im Bericht der OSZE-Mission vom 14.08.2020 bestätigt.

Um die Entdeckung der Technik in den Verantwortungsbereichen der 53., 36. und 56. Brigade zu verhindern, werden zwei mobile Gruppen vom 305. Bataillon für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronischen Kriegsführung der 36. Marineinfanteriebrigade eingesetzt, die die Aufgabe haben, mit Stationen R-934B und „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Peski, Lebedinskoje und Tschermalyk zu blockieren.

**Wir stellen weiter ein geringes Niveau des Disziplin in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine fest.**

Nach Angaben unserer Quelle in der 54. Brigade führt das Kommando eine Ermittlung gegen den Kommandeur eines Panzergrenadierbataillons Oberstleutnant Matjuschka durch, unter dessen Führung eine Gruppe von Kämpfern aktiv war, die sich mit dem Diebstahl von Stromleitungen und Buntmetall aus privaten Häusern im Verantwortungsbereich des Verbandes befasste.

Die Gruppe wurde von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes bei einem Versuch, 1,5 km Feldkabel, das von den Positionen des 2. Bataillons gestohlen worden war, weswegen ein Leitungspunkt des Bataillons keine Verbindung mehr hatte, an einem Metallannahmepunkt zu verkaufen.

Das Kommando der OOS führt die Öffentlichkeit weiter in die Irre, um die wahre Lage der Dinge in den Verbänden der BFU zu verheimlichen.

Vom 72. Zentrum für informationspsychologische Operationen wurde eine Version eines Vorfalls erarbeitet und in den Massenmedien verbreitet, nach der ein Soldat das Feuer mit einer Maschinenpistole auf eine nicht identifizierte Person eröffnete, die angeblich auf den Befehl „stehen bleiben“ nicht reagierte und versuchte zu fliehen. Diese Information ist weit von der Realität entfernt und trägt ausschließlich propagandistischen Charakter, um Protestaktivitäten von Frauen und Müttern von Soldaten, die sich in der OOS-Zone befinden, zu verhindern.

Wie wir bereits mitgeteilt hatten, erlitt der Oberfeldwebel A.A. Tkatschuk eine tödliche Verletzung am Brustkorb, weil ein Soldat unter Drogeneinfluss das Feuer auf eine Kontrollgruppe bei einer außerplanmäßiger Kontrolle eröffnete.

Dennoch verheimlicht das Kommando der Besatzungskräfte weiter die wahren Umstände des Geschehens und den Fall des Mordes an dem Soldaten Brajko, der das Feuer auf die Gruppe eröffnet hatte, durch Kameraden.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im ersten Halbjahr 2020 kein einziger Funktionsträger der ukrainischen Streitkräfte wegen Nachlässigkeit, die zum Tod von einfachen Soldaten und Unteroffizieren in der OOS-Zone geführt hat, bestraft worden. Dank der Rundumbürgschaft, der Korruption und der äußerst geringen Effektivität der Rechtsschutzorgane sterben weiter Soldaten, und ihre Kinder, Frauen und Mütter verlieren den Ernährer und ihre Stütze.

**Mitarbeiter des SBU haben eine Gruppe nationalistisch eingestellter Kämpfer aus der 79. Luftsturmgruppe festgenommen**, die gesetzwidrig Waffen und Munition aus der OOS-Zone gebracht haben, um sie bei gewaltsamen Aktionen gegen die derzeitige Regierung und zur Organisation von terroristischen Akten zu verwenden. Inzwischen ist die Zugehörigkeit der konfiszierten Munition durch die Ermittlung festgestellt worden. Sie wurde im November 2019 in die 28. mechanisierte Brigade gegeben, danach abgeschrieben und in einem verlassenen Haus am Rand von Marjinka von die OOS-Zone verlassenden Kämpfern der 28. brigade versteckt. Bei den Ermittlungsmaßnahmen fanden Mitarbeiter des SBU in dem Versteck 5 RGD-7-Granaten, 13, RGD-5-Granaten, 11 RGO-Granaten, 1 TM-62-Mine, 12 MON-50-Minen, 17 OSM-72-Minen, 54. PFV-Minen, 1000 5,45mm-Patronen, 3 Elektrozünder, 8 kg Sprengstoff.

Zielpunkt der genannten Ladung sollte ein militärisches Feldlager in einem Waldstück im Gebiet von Iwano-Frankowsk sein, das von den nationalistischen Organisationen

„Karpatskaja Setsch“ und „Swoboda“ betrieben wird. Die genannte Einheit befasst sich mit der Ausbildung von Rekruten in Militärdingen, Grundlagen der Protestaktivität unter Stadtbedingungen und in Methoden des Nahkampfes. Zielgruppe bei der Auswahl sind Jugendliche und Bürger des nahen Auslands.

1997 hat die Ukraine die Konvention über das Verbot von Antipersonenminen unterzeichnet, die 2005 ratifiziert wurde. Der Vertrag von Ottawa verbietet den Einsatz, die Lagerung, Produktion und Weitergabe von Antipersonenminen.

Die Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge verpflichtet einen Staat unzweideutig, einen unterzeichneten internationalen Vertrag einzuhalten, von Handlungen, die den Aufgaben, die ein solches Dokument lösen soll, widersprechen, Abstand zu nehmen.

Im Zusammenhang mit dem oben dargelegten will ich gesondert auf den Inhalt des todbringenden Verstecks, das vom SBU entdeckt wurde, eingehen, das von Kämpfern der 28. Brigade in einem verlassenen Haus am Rand von Marjinka zurückgelassen wurde und in dem sich 17 Antipersonenminen OSM-72 und 54. PFM-1 „Lepestok“ befanden. Dabei besteht die ukrainische Seite weiter darauf, dass die ukrainischen Streitkräfte nicht mit Minen dieses Typs ausgerüstet ist.

Faktisch aber verletzen die bewaffneten Formationen der Ukraine, die regelmäßig Antipersonenminen auf dem Territorium des Donbass einsetzen, das Völkerrecht und die vom Staat übernommenen Verpflichtungen zu dessen Einhaltung.

#### de.sputniknews.com: **Venezuela: Staatengruppe setzt sich für Übergangsregierung und Wahlen ein**

Nach Ansicht der EU, der USA und anderer Staaten verwandelt sich die Lösung des politischen Konflikts in Venezuela wegen der Corona-Pandemie in eine dringliche Sache. Das US-Außenministerium veröffentlichte am Freitag in Washington eine Erklärung der USA, der amerikanischen Lima-Gruppe, der EU und weiterer Länder. Darin fordern die Staaten die Bildung einer Übergangsregierung – um eine freie Präsidentschaftswahl vorzubereiten.

„Die gegenwärtige Pandemie und das überforderte öffentliche Gesundheitswesen in Venezuela haben die Notwendigkeit, den Status quo zu beenden, noch dringlicher gemacht“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Staatengruppe.

Seit dem Tod des Ex-Präsidenten Hugo Chávez 2013 steht dessen Nachfolger Nicolás Maduro an der Spitze der Staatsführung – dies ungeachtet mehrmaliger Versuche der Opposition, ihn abzusetzen.

Eine Parlamentswahl ist für den 6. Dezember angesetzt. Diesbezüglich erklärte die Lima-Gruppe, dass die Neuwahl der Nationalversammlung allein keine politische Lösung bringen könne. Im Gegenteil: sie könne zu einer weiteren Polarisierung der schon gespaltenen Gesellschaft führen.

Argentiniens Außenministerium unterstrich in einer Erklärung, dass seine Delegation nicht die Entscheidung der Gruppe politischer Parteien teile, die angekündigt hatten, sich nicht an der Wahl zu beteiligen.

Der Nationale Wahlrat, der Maduro nahesteht, hatte die Parlamentswahl trotz der Corona-Krise angesetzt.

In Venezuela ist das Parlament die einzige staatliche Institution, die durch die Opposition kontrolliert wird. Jedoch hat Maduro dem Abgeordnetenhaus alle Kompetenzen entzogen und diese an die Verfassungsgebende Versammlung, die regierungstreu ist, übergeben.

Über 25 oppositionelle Parteien weigerten sich, an der Wahl teilzunehmen.

Nach offiziellen Angaben hat Venezuela diese Woche 1000 Coronavirus-Neuinfektionsfälle innerhalb von 24 Stunden fixiert. Insgesamt hatten sich etwa 30.000 Menschen mit Sars-CoV-2 infiziert und über 245 Personen waren an Covid-19 gestorben.

Doch die wahren Zahlen dürften viel höher sein. Die Bevölkerung beläuft sich auf fast 28,5 Millionen Menschen.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32404/30/324043093\\_0:83:1279:776\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_a062ccafe8ce010fb684854838de0105.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32404/30/324043093_0:83:1279:776_1000x541_80_0_0_a062ccafe8ce010fb684854838de0105.jpg)

### de.sputniknews.com: **Polnischer Außenminister macht Details über EU-Sanktionen gegen Weißrussland publik**

Die Sanktionen der Europäischen Union gegen Weißrussland werden nach Angaben des polnischen Außenministers Jacek Czaputowicz personenbezogen sein.

Dies teilte der polnische Politiker auf der Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem US-Außenminister Mike Pompeo mit. Czaputowicz wies auch darauf hin, dass die Außenminister der EU-Staaten am Freitag beschlossen hatten, die Sanktionen gegen Weißrussland zu verhängen, und hatten zudem begonnen, die Sanktionsliste zu erstellen.

„Wir haben darüber diskutiert, wie wir es am besten machen können, damit die Sanktionen die einfachen Menschen nicht benachteiligen. Wir haben beschlossen, dass wir dies meiden sollten. Sanktionen müssen nur gegen Spitzenpolitiker verhängt werden“, sagte Czaputowicz.

...

### Mil-Inr.info: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 15. August 2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden

#### **Feuerprovokationen von Seiten der BFU nicht festgestellt.**

Unter Nutzung des geltenden Waffenstillstands führt der Gegner weiter technische Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen unter Einsatz von technischen Sprengsätzen durch.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Beobachter eine Detonation auf den Positionen des 1. Bataillons der 25. Brigade im Gebiet von Kondraschewskaja-Nowaja festgestellt.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde der Feldwebel Zibulskij aufgrund der Verletzung von Sicherheitsregeln bei der Verwendung von technischen Sprengsätzen verletzt. ....

Um zu versuchen, die Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des geltenden Waffenstillstands bezüglich der Ausrüstung neuer Positionen zu rechtfertigen, hat das Kommando der OOS die Arbeit operativer Gruppe für informationspsychologische Operationen verstärkt, wobei kontrollierte Massenmedien zur Verbreitung von Beschuldigungen in Richtung der Volksmiliz herangezogen werden. ...

### deutsch.rt.com: **Assad: Jüngste US-Sanktionen leiten neue Phase des Krieges gegen Syrien ein**

Syriens Präsident Baschar al-Assad hielt am Mittwoch vor der neu zusammengesetzten Volksversammlung eine Rede. Darin bezeichnete er die jüngst von den USA verschärften Sanktionen als neue Phase des Krieges gegen Syrien. Die Strafmaßnahmen würden im Grunde den Terroristen dienen.

Am Mittwoch hat der syrische Präsident Baschar al-Assad vor der neu zusammengesetzten

syrischen Volksversammlung eine Rede gehalten. Die Sitzung im syrischen Parlament sorgte bundesweit für Aufsehen – jedoch nicht wegen des Inhalts seiner Rede, sondern aufgrund eines Schwächeanfalls, den der 54-jährige Assad während seiner Ansprache erlitten hat. Der syrische Präsident musste diese dann wegen niedrigen Blutdrucks für einige Minuten unterbrechen.

In seiner Rede vor dem Parlament in der Hauptstadt Damaskus hat Assad das neue Sanktionsregime gegen das syrische Volk erwähnt. Er sagte, die von Washington verhängten Sanktionen gegen Damaskus würden eine neue Phase des Krieges gegen Syrien einleiten und im Grunde den Terroristen dienen.

US-Präsident Donald Trump unterzeichnete im Dezember 2019 das sogenannte "Caesar-Gesetz zum Schutz der syrischen Zivilisten". Mit der harten Sanktionierung von syrischen Institutionen und Einzelpersonen wollen die USA insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Syrien und seinen Verbündeten beim Wiederaufbau des Landes verhindern und die Regierung von Assad in die Knie zwingen. Das Caesar-Gesetz betrifft Drittstaaten, die mit Syrien Handel treiben, demnach Russland, den Iran, den Irak und den Libanon. Besonders betroffen ist dabei jedoch der Libanon, für den der Handel mit Syrien existenziell für die eigene Wirtschaft und die nationale Sicherheit ist.

Assad wies zudem auf die schwerwiegenden Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen auf Syrien hin und sagte, die Sanktionen hätten entgegen den Behauptungen der US-Regierungsverantwortlichen direkt das syrische Volk betroffen. Diese Sanktionen sollen allerdings gegen Assad genutzt werden, dessen Sturz mit militärischen Mitteln nicht gelang. Der syrische Präsident nahm Stellung zu den jüngsten Luftangriffen Israels auf Ziele in Syrien. In seiner Rede vor der Nationalversammlung betonte Assad, dass "die israelischen Angriffe auf Deir ez-Zor den Transport von ISIS-Terroristen durch das Land erleichtert hatten". Er fügte hinzu, dass all diese Maßnahmen im Rahmen der Unterstützung für den Terrorismus ergriffen worden seien. "Die Vereinigten Staaten brauchen Terroristen in der Region, darunter den IS", sagte Assad in seiner Ansprache weiter.

Einem Beitrag der syrischen Nachrichtenagentur SANA zufolge versicherte er, dass der Krieg das Land nicht daran hindern werde, seine Aufgaben zu erfüllen, und erklärte, dass alle bisherigen Erfolge des Landes gegen die vom Ausland gesteuerten Terroristen der syrischen Armee zu verdanken seien. In seiner Rede betonte der Präsident ausdrücklich, dass die Golanhöhen im Herzen eines jeden Syrers bleiben würden und ihr Status sich durch den Annexionsbeschluss Israels nicht ändern werde.

Am 19. Juli hatten die Syrer ein neues Parlament gewählt. Es ist bereits die dritte Wahl zu dem in Damaskus tagenden Volksrat seit Beginn des Krieges im Jahr 2011.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f36aff648fbef4c021a7de0.JPG>

de.sputniknews.com: **Telefonat Putin – Lukaschenko: Kreml teilt Einzelheiten mit**

Die Präsidenten von Russland und Weißrussland, Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, sind in einem Telefongespräch übereingekommen, dass „destruktive Kräfte“ daran gehindert werden müssen, sich die komplizierte Situation in Weißrussland zunutze zu machen. Das Gespräch fand am Samstag auf Initiative von Minsk statt.

Einzelheiten der Unterredung wurden vom Pressedienst des Kremls veröffentlicht.

Lukaschenko informierte Putin über die aktuelle Situation im Land nach der Präsidentschaftswahl. Die Gesprächspartner brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, dass die entstandenen Probleme in Kürze beigelegt werden.

„Es kommt vor allem darauf an, dass destruktive Kräfte, die danach streben, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der beiden Länder im Rahmen eines Unionsstaates zu schaden, diese Probleme nicht ausnutzen“, heißt es in der Mitteilung.

**Festgenommene nach Russland zurückgeführt**

Putin und Lukaschenko schätzten auch „das enge Zusammenwirken“ der Behörden der beiden Länder bei der Heimführung von 32 russischen Bürgern ein, die Ende Juli in Weißrussland festgesetzt worden waren.

Die Gesprächspartner bekräftigten ihre „Einstellung auf die Festigung der Partnerbeziehungen, was den Grundinteressen der Brudervölker von Russland und Weißrussland in vollem Maße entspricht“.

Die russische Generalstaatsanwaltschaft gab am Freitag bekannt, dass Minsk 32 Festgenommene an Moskau überstellt habe. Eine weitere Person sei als Staatsbürger Weißrusslands auf dessen Territorium zurückgeblieben, hieß es.

Die Rückführung sei in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Normen und den Gesetzen der beiden Staaten erfolgt. Die Seiten ermittelten weiterhin in dem Fall, hieß es. Die weißrussischen Behörden hatten Ende Juli die Festnahme von 33 russischen Bürgern gemeldet, die sie als „Kämpfer aus einem Privatunternehmen“ bezeichneten. Die Festgenommenen standen im Verdacht, vor den Wahlen des weißrussischen Präsidenten Unruhen vorzubereiten. Das russische Außenministerium erklärte daraufhin, diese Auffassung der Situation halte keiner Kritik stand. Der Kreml betonte, dass Moskau sich niemals in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands eingemischt habe und das auch heute nicht tue. ...

**abends:**

rusvesna.su: **Wie der Maidan - das belarussische Innenministerium veröffentlichte schockierende Aufnahmen von Straßenunruhen in Minsk**

Das belarussische Innenministerium hat ein Video veröffentlicht, das Aufnahmen der Unruhen in Minsk und anderen Städten des Landes nach der Wahl von Lukaschenkos zeigt, von der viele glauben, dass sie manipuliert worden sei.

Einige dieser Bilder wurden mit einer versteckten Kamera aufgenommen. Sie zeigen geradezu militante Menschen, die genau nach den Methoden des Kiewer Maidan handeln.

Wir erinnern Sie daran, dass bereits seit einer Woche das friedliche Weißrussland von Massenprotesten erschüttert wird.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/Dml5jczcXVI" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Dml5jczcXVI>